

# FOKUS CHILE

Konrad-Adenauer-Stiftung Santiago

**JANUAR 2015**

**1. AUSGABE**

## **Kongress beschließt historische Wahlreform**

Der Senat hat am 14. Januar nach einem 19 stündigen Diskussionsmarathon ein Gesetz verabschiedet, das die Ära des binominalen Wahlsystems, das noch aus der Zeit der Militärdiktatur stammt, in Chile beendet. Sechs Tage später bekam das Gesetzesvorhaben auch im Abgeordnetenhaus die entsprechende Stimmmehrheit. Die Wahlreform sieht die Einführung eines Verhältniswahlrechts vor. Vertreter der Regierung Bachelet bezeichneten dieses Ereignis als „historisch“, auch für die amtierende Präsidentin, die das Gesetzesvorhaben gegenüber den Kongressabgeordneten und Senatoren immer vorangetrieben habe. Abgesehen davon waren seither sämtliche Versuche gescheitert, eine tiefgreifende Wahlrechtsreform durchzuführen. Das binominale Wahlsystem wurde oft von kleineren Parteien und unabhängigen Kandidaten kritisiert, die es als Ursache der Chancenungleichheit bei Wahlen anführten. Außerdem hat es nicht unwesentlich zur Bildung der beiden, seit Jahrzehnten bestehenden politischen Blöcke beigetragen: der Nueva Mayoría, früher Concertación, heutiges Regierungsbündnis, sowie des Oppositionsbündnisses Alianza por Chile, bestehend aus der Renovación Nacional und UDI, in der auch viele Anhänger des ehemaligen Machthabers Pinochet eine Heimat gefunden haben. Durch die Wahlrechtsreform wird die Anzahl der Abgeordneten von 120 auf 155 Sitze erhöht. Zusätzlich wird die Zahl der Wahlbezirke von 60 auf 28 reduziert, aus dem jeweils mindestens drei und maximal acht Abgeordnete hervorgehen können. Das Gesetz legt auch die Anhebung der Zahl der Senatoren von derzeit noch 38 auf 50 fest. Außerdem wurde ein Prozentsatz von 60 % als maximaler Anteil der Kandidaten des gleichen Geschlechts auf der Liste einer Partei festgelegt, folglich einen Mindestanteil von 40 % des unterrepräsentierten Geschlechts in beiden Kammern gewährt. Da Frauen bisher nur einen Anteil von 16% der Volksvertreter ausmachen, wird dies als Versuch gewertet, den Anteil an Frauen unter den politischen Entscheidungsträgern zu erhöhen.

## Der Fall Penta („Pentagate“)

Mit dem Beginn des neuen Jahres 2015 wurde Chile von einem Korruptionsskandal erschüttert. Der Fall Penta hat insbesondere Auswirkungen auf die politische Rechte des Landes und lässt die Staatsanwaltschaft auf Hochtouren arbeiten. Dabei geht es um einen Steuerbetrugsskandal in Millionenhöhe, der seinen Ursprung im Jahr 2007 hat. Damals stellte Iván Álvarez als Mitarbeiter des Servicio de Impuestos Internos (SII) fest, dass über seine Zugangsdaten Steuerausgaben rückwirkend erstattet werden konnten. Indem er als Mittelsmann eines Netzwerks aus Unternehmern auftrat, konnte er chilenischen Unternehmern illegal Steuerrückerstattungen vermitteln und verlangte dabei selbst eine „Vermittlungsprovision“. Das Netzwerk erstreckte sich innerhalb kurzer Zeit über mehr als 120 Mitbeschuldigte, darunter auch viele hochrangige Politiker. Hugo Bravo spielte als Manager der Grupo Penta, einer Holding mit Investitionen im Gesundheits-, Finanz-, Immobilien- und Bildungsbereich, eine Schlüsselrolle, da bei den Ermittlungen in seinem Computer sensible Dokumente für die illegalen Steuerrückerklärungen entdeckt wurden. Als dieser Unterstützung seiner Chefs der Holding Penta einforderte und nicht erhielt, entschied er sich, vor der Staatsanwaltschaft auszusagen und den Fall ins Rollen zu bringen. Da beim Fall Penta besonders renommierte Politiker der Unión Demócrata Independiente (UDI) betroffen sind, ist er von besonders großer politischer Bedeutung. Hierbei geht es um die illegale Finanzierung politischer Kampagnen und Parteien. Schon vor dem Skandal hatte es seitens der Regierung Bemühungen gegeben, die Transparenzregeln für politische Akteure zu verschärfen. Die Diskussion hierüber hat aufgrund der jüngsten Ereignisse stark an Fahrt aufgenommen. „Pentagate“ hat das Land auch deshalb so stark erschüttert, da Chile ansonsten, besonders im regionalen Vergleich als eines der am wenigsten korrupten Länder gilt.

## Nachwehen einer Diktatur

Diese Woche wurden mehrere Ex-Agenten der Dirección Nacional de Inteligencia (DINA) aus Zeiten Pinochets zu 7 Jahren Haft verurteilt. Kläger waren 36 ehemalige Häftlinge der Villa Grimaldi, die Vorwürfe der Folter erhoben hatten. Die Villa Grimaldi war ein Gelände in Santiago de Chile, auf dem im Zeitraum von 1975 bis 1988 Oppositionelle der Pinochet- Diktatur gefoltert wurden. Das Urteil wird als weiterer Schritt der Aufarbeitung der Diktatur gewertet.